

Amtsblatt

der Europäischen Union

ISSN 1725-2407

C 11

47. Jahrgang

15. Januar 2004

Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt	Seite
	<i>I Mitteilungen</i>	
	Kommission	
2004/C 11/01	Euro-Wechselkurs	1
2004/C 11/02	Angaben der Mitgliedstaaten über staatliche Beihilfen, die auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 68/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf Ausbildungsbeihilfen gewährt werden ⁽¹⁾	2
2004/C 11/03	Angaben der Mitgliedstaaten über staatliche Beihilfen, die auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere Unternehmen gewährt werden ⁽¹⁾	4
2004/C 11/04	Staatliche Beihilfe — Niederlande — Beihilfe C 66/03 (ex N 601/02, N 602/02, N 603/02, N 604/02, N 605/02 & N 606/02) — Ausgleichsbeihilfe für eine Reihe niederländischer Schiffswerften — Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag ⁽¹⁾	5
2004/C 11/05	Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss (Sache COMP/M.3287 — AGCO/Valtra) ⁽¹⁾	12
2004/C 11/06	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache COMP/M.3362 — RBS/BSCH/Britax) — Für das vereinfachte Verfahren in Frage kommender Fall ⁽¹⁾	12
2004/C 11/07	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache COMP/M.3339 — Telenor/Sonofon) — Für das vereinfachte Verfahren in Frage kommender Fall ⁽¹⁾	13
	EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM	
	EFTA-Überwachungsbehörde	
2004/C 11/08	Genehmigung einer staatlichen Beihilfe gemäß Artikel 61 des EWR-Abkommens und Artikel 1 Absatz 3 des Protokolls 3 zum Überwachungs- und Gerichtshofübereinkommen — Die EFTA-Überwachungsbehörde hat entschieden, dass die angemeldete Maßnahme mit dem EWR-Abkommen vereinbar ist	14



<u>Informationsnummer</u>	Inhalt (Fortsetzung)	Seite
2004/C 11/09	Genehmigung einer staatlichen Beihilfe gemäß Artikel 61 des EWR-Abkommens und Artikel 1 Absatz 3 des Protokolls 3 zum Überwachungs- und Gerichtshofübereinkommen — Die EFTA-Überwachungsbehörde hat entschieden, dass die angemeldete Maßnahme mit dem EWR-Abkommen vereinbar ist	14
<hr/>		
	II <i>Vorbereitende Rechtsakte</i>	
	
<hr/>		
	III <i>Bekanntmachungen</i>	
	Europäisches Parlament	
2004/C 11/10	Im <i>Amtsblatt der Europäischen Union</i> C 11 E veröffentlichte schriftliche Anfragen mit Antwort	15
	Kommission	
2004/C 11/11	Ergebnisse der Ausschreibungen (Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft)	16

I

(Mitteilungen)

KOMMISSION

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾

14. Januar 2004

(2004/C 11/01)

1 Euro =

Währung		Kurs	Währung		Kurs
USD	US-Dollar	1,2692	LVL	Lettischer Lat	0,6725
JPY	Japanischer Yen	134,70	MTL	Maltesische Lira	0,4301
DKK	Dänische Krone	7,4481	PLN	Polnischer Zloty	4,7478
GBP	Pfund Sterling	0,69015	ROL	Rumänischer Leu	41 264
SEK	Schwedische Krone	9,1755	SIT	Slowenischer Tolar	237,43
CHF	Schweizer Franken	1,5601	SKK	Slowakische Krone	40,615
ISK	Isländische Krone	88,49	TRL	Türkische Lira	1 711 949
NOK	Norwegische Krone	8,567	AUD	Australischer Dollar	1,632
BGN	Bulgarischer Lew	1,9555	CAD	Kanadischer Dollar	1,6159
CYP	Zypern-Pfund	0,58675	HKD	Hongkong-Dollar	9,8545
CZK	Tschechische Krone	32,59	NZD	Neuseeländischer Dollar	1,8611
EEK	Estnische Krone	15,6466	SGD	Singapur-Dollar	2,1514
HUF	Ungarischer Forint	265,85	KRW	Südkoreanischer Won	1 497,97
LTL	Litauischer Litas	3,4532	ZAR	Südafrikanischer Rand	9,0622

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

Angaben der Mitgliedstaaten über staatliche Beihilfen, die auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 68/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf Ausbildungsbeihilfen gewährt werden

(2004/C 11/02)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Beihilfe Nr.: XT 30/03

Mitgliedstaat: Vereinigtes Königreich

Region: West Midlands

Bezeichnung der Beihilferegelung bzw. bei Einzelbeihilfen

Name des begünstigten Unternehmens: Praktische Maßnahmen im Keramikgewerbe

Rechtsgrundlage: Regional Development Agencies Act 1998

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung bzw. Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzelbeihilfe:

2002/2003: 217 503 GBP

2003/2004: 1 314 164 GBP

2004/2005: 1 688 273 GBP

Insgesamt: 3 219 940 GBP

Beihilfehöchstintensität:

70 %, sofern die Ausbildungsmaßnahmen für Mitarbeiter kleinerer und mittlerer Unternehmen erfolgen und allgemeiner Natur sind (Grundfertigkeiten, Schreibfertigkeiten, Kenntnisse im Rechnungsbereich, Führungsfertigkeiten).

35 %, sofern die Ausbildungsmaßnahmen für Mitarbeiter kleinerer und mittlerer Unternehmen erfolgen und sich auf spezifische Fertigkeiten im Keramikgewerbe beziehen.

50 %, sofern die Ausbildungsmaßnahmen für Mitarbeiter von Großunternehmen erfolgen und allgemeiner Natur sind (Grundfertigkeiten, Schreibfertigkeiten, Kenntnisse im Rechnungsbereich, Führungsfertigkeiten).

25 %, sofern die Ausbildungsmaßnahmen für Mitarbeiter von Großunternehmen erfolgen und sich auf spezifische Fertigkeiten im Keramikgewerbe beziehen.

Die vorstehend genannte Beihilfeintensität erhöht sich um 5 % in Regionen gemäß Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe c)

Bewilligungszeitpunkt: März 2003

Laufzeit der Regelung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe:
Bis 31. März 2006

Zweck der Beihilfe: Ausbildungsunterstützung für gewerbeübergreifende Fertigkeiten, an denen ein Mangel herrscht, für Mitarbeiter von Großunternehmen sowie Klein- und Mittelbetrieben (gemäß EG-Definition eines KMU) mit Sitz in den West Midlands, die im Keramikgewerbe tätig sind.

Allgemeine Ausbildungsmaßnahmen: Diese beziehen sich nicht nur auf die derzeitige oder zukünftige Stellung eines Mitarbeiters im geförderten Unternehmen, da die Ausbildung den Arbeitnehmern übertragbare Qualifikationen vermittelt, die sowohl Arbeitsplätze sichern als auch die Chancen auf dem Ar-

beitsmarkt erheblich verbessern. Dazu gehören: Buchhaltung, Verwaltung, elektronische Fernbedienungskontrolle, Elektrotechnik, Elektronik, Mechanik; Verkaufs-/Installationstechnik, Sprachschulung, Teamführung, technisches Management, Geschäftsbewusstsein, IT-Kenntnisse, Life Skills (Lebenskompetenzen).

Wann immer möglich sollte die Bestimmung so angewendet werden, dass sie zum Erwerb von NVQ oder anderen anerkannten Abschlüssen führt.

Spezifische Ausbildungsmaßnahmen: Sofern Ausbildungsmaßnahmen erfolgen, die sich grundsätzlich auf die derzeitige oder zukünftige Stellung des Mitarbeiters im geförderten Unternehmen beziehen und die zu Qualifikationen führen, die nicht übertragbar sind, gelten die Beihilfehöchstintensitäten für spezifische Ausbildung. Dazu gehören: Aerographing, Emaillieren

Betroffene Wirtschaftssektoren: Sonstiges verarbeitendes Gewerbe (Keramikgewerbe)

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Tim Baldwin
Advantage West Midlands
3 Priestly Wharf
Holt Street
Birmingham B7 4BN
United Kingdom

Beihilfe Nr.: XT 85/02

Mitgliedstaat: Deutschland

Region: Bayern

Bezeichnung der Beihilferegelung bzw. bei Einzelbeihilfen

Name des begünstigten Unternehmens: Weißer Rabe soziale Betriebe und Dienste gemeinnützige GmbH (Elektronik-Recycling), München

Rechtsgrundlage:

Bayerische Haushaltsordnung (BayHO)

VO (EG) Nr. 1784/1999

EPPD zu Ziel 3

Ergänzendes Programmplanungsdokument Ziel 3

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung bzw. Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzelbeihilfe:

Förderfähige Gesamtkosten: 709 754 EUR

ESF: 204 516 EUR

Beihilfehöchstintensität: 80 %

Bewilligungszeitpunkt: Oktober/November 2002

Laufzeit der Regelung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe:
Letzte Auszahlung voraussichtlich Juni 2004. Projektlaufzeit:
1. Januar 2002 bis 31. Dezember 2003

Zweck der Beihilfe: Es handelt sich um eine allgemeine Ausbildungsmaßnahme für arbeitslose psychisch Kranke und psychisch Behinderte mit dem Ziel der Vermittlung in den allgemeinen Arbeitsmarkt. Vorgesehen ist die Qualifizierung im Berufsfeld Elektronik-Recycling. Im Rahmen der Maßnahme werden übertragbare Qualifikationen erworben, durch die sich die Vermittelbarkeit der Teilnehmer deutlich verbessert. Grundlage der Maßnahme ist das Rahmenkonzept für allgemeine berufliche Qualifizierungsmaßnahmen für Behinderte und psychisch Kranke in bayerischen Integrationsfirmen/Selbsthilfefirmen vom 18. Juli 2001.

Betroffene Wirtschaftssektoren: Sonstige Dienstleistungen

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Regierung von Oberbayern
Integrationsamt
D-80534 München

Beihilfe Nr.: XT 89/02

Mitgliedstaat: Deutschland

Region: Bayern

Bezeichnung der Beihilferegelung bzw. bei Einzelbeihilfen
Name des begünstigten Unternehmens: Profis gGmbH

Rechtsgrundlage:

Bayerische Haushaltsordnung (BayHO)
VO (EG) Nr. 1784/1999
EPPD zu Ziel 3
Ergänzendes Programmplanungsdokument Ziel 3

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung bzw. Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzelbeihilfe:

Förderfähige Gesamtkosten: 330 887,14 EUR
ESF: 69 965,69 EUR

Beihilfehöchstintensität: 30 %

Bewilligungszeitpunkt: 10. Oktober 2002

Laufzeit der Regelung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe:
31. Dezember 2003

Zweck der Beihilfe: Es handelt sich um eine allgemeine Ausbildungsmaßnahme für ehemals suchtkranke Personen, mit dem Ziel der Vermittlung in den allgemeinen Arbeitsmarkt. Die Qualifizierung erfolgt im Gastronomiebereich, wobei in erster Linie Schlüsselqualifikationen vermittelt werden. Das Qualifikationsniveau und die Eingliederungsfähigkeit werden durch Betriebspraktika gesteigert. Im Rahmen der Maßnahme werden übertragbare Qualifikationen erworben, durch die sich die Vermittelbarkeit der Teilnehmer deutlich verbessert. Die Beihilfe kommt einem KMU im Sinne des Anhangs I der VO (EG) Nr. 68/2001 zugute

Betroffene Wirtschaftssektoren: Sonstige Dienstleistungen

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Regierung von Oberbayern
Integrationsamt
D-80534 München

Angaben der Mitgliedstaaten über staatliche Beihilfen, die auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere Unternehmen gewährt werden

(2004/C 11/03)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Beihilfe Nr.: XS 64/03

Mitgliedstaat: Italien

Region: Venetien

Bezeichnung der Beihilferegelung bzw. bei Einzelbeihilfen
Name des begünstigten Unternehmens: Forstwirtschaftlicher Fonds der Region — Beihilfen für Waldwirtschaftsunternehmen

Rechtsgrundlage: LL.RR. 13.9.78 n. 52 — 9.9.99 n. 46

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung bzw. Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzelbeihilfe:

2001: 1 468 064,81 EUR

2002: 1 578 681,89 EUR

Beihilfeshöchstintensität: Unter den derzeitigen Voraussetzungen liegt die Beihilfeshöchstintensität etwa bei 10 % BSÄ

Bewilligungszeitpunkt: Derzeit ist die Beihilfe in Kraft; sie unterliegt den Verpflichtungen aus der Verordnung (EG) Nr. 69/2001; die freigestellte Beihilferegelung gilt vom Zeitpunkt ihrer Annahme durch die Region mittels Beschluss der Regionalregierung als von der Anmeldepflicht im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 freigestellt

Laufzeit der Regelung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe:
 Bis zum 31.12.2006

Zweck der Beihilfe: Förderung der Entwicklung handwerklicher Unternehmen und kleiner und mittlerer Unternehmen, die mit der Waldnutzung verbundene Aktivitäten ausüben oder Walderzeugnisse bearbeiten und vermarkten

Betroffene Wirtschaftssektoren: Forst- und Holzwirtschaft

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Regione Veneto — Direzione foreste ed economia montana
 Via Torino, 110, I-30172 Mestre (VE)

Beihilfe Nr.: XS 87/03

Mitgliedstaat: Königreich Spanien

Region: Valencia

Bezeichnung der Beihilferegelung bzw. bei Einzelbeihilfen
Name des begünstigten Unternehmens: Plan für die Ansiedlung von Betrieben im Ausland

Rechtsgrundlage: Orden de 11 de abril de 2003, de la Conselleria de Industria, Comercio y Energía, sobre concesión de

ayudas en el marco del Plan de Implantación de Empresas en el Exterior (DOGV nº 4483 de 17.4.2003)

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung bzw. Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzelbeihilfe: 1 717 170 EUR

Beihilfeshöchstintensität:

- a) Dienstleistungen externer Berater: bis zu 50 % der Kosten für die Durchführung des genehmigten Budgets.
- b) Kosten in Verbindung mit der ersten Teilnahme an Veranstaltungen, Foren und Seminaren zum Thema Zusammenarbeit von Unternehmen: bis zu 50 % der beihilfefähigen Kosten.
- c) Materielle und immaterielle Investitionen in Verbindung mit dem Projekt: bis zu 15 % der beihilfefähigen Kosten bei kleinen Unternehmen und bis zu 7,5 % bei mittleren Unternehmen gemäß Artikel 4 Absatz 2 Buchstaben a) und b) der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere Unternehmen

Bewilligungszeitpunkt: 27. Juni 2003

Laufzeit der Regelung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe:
 Dezember 2006

Zweck der Beihilfe: Internationalisierung von in der Region Valencia ansässigen KMU

Betroffene Wirtschaftssektoren: Alle

Anmerkungen:

Gilt weder für Tätigkeiten in den Bereichen der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Agrar- und Fischereierzeugnissen noch für Beihilfen für exportbezogene Tätigkeiten, d. h. Beihilfen, die unmittelbar mit den ausgeführten Mengen, der Errichtung und dem Betrieb eines Vertriebsnetzes oder den laufenden Ausgaben von Exportaktivitäten in Zusammenhang stehen.

Bei Beihilfen im Bereich Verkehr gehören Verkehrs- und Transportmittel mit Ausnahme von für den Eisenbahnverkehr bestimmten Schienenfahrzeugen nicht zu den beihilfefähigen Kosten

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Generalitat Valenciana

Conselleria de Industria, Comercio y Energía über die Firma IVEX SA

STAATLICHE BEIHILFE — NIEDERLANDE

Beihilfe C 66/03 (ex N 601/02, N 602/02, N 603/02, N 604/02, N 605/02 & N 606/02) — Ausgleichsbeihilfe für eine Reihe niederländischer Schiffswerften**Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag**

(2004/C 11/04)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Mit Schreiben vom 11. November 2003, das nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung abgedruckt ist, hat die Kommission den Niederlanden ihren Beschluss mitgeteilt, wegen der vorerwähnten Beihilfe das Verfahren nach Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag einzuleiten.

Die Kommission fordert alle Beteiligten zu den Beihilfen, derentwegen die Kommission das Verfahren einleitet, zur Stellungnahme innerhalb eines Monats nach dem Datum dieser Veröffentlichung an folgende Anschrift auf:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Kanzlei Staatliche Beihilfen
J 70 4/151
B-1049 Brüssel
Fax (32-2) 296 12 42.

Alle Stellungnahmen werden den Niederlanden übermittelt. Jeder, der eine Stellungnahme abgibt, kann unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, dass seine Identität nicht bekannt gegeben wird.

ZUSAMMENFASSUNG

Am 9. September 2002 haben die Niederlande Beihilfen für sechs Schiffbauaufträge angemeldet, die unrechtmäßige Beihilfen ausgleichen sollen, die Schiffseigentümern angeblich von Spanien angeboten wurden, wenn diese Aufträge an spanische Werften vergeben werden.

Die Anmeldungen betreffen geplante Beihilfen von insgesamt 21,6 Mio. EUR in Form von Zuschüssen für sechs Schiffbauaufträge, die an drei niederländische Werften vergeben wurden: Bodewes Scheepswerven BV, Scheepswerf Visser, und Scheepswerf de Merwede. Die Zuschüsse machen bis zu 9 % des Auftragswerts der Schiffe aus, bei denen es sich um folgende Typen handelt: Container-Schiffe, Roro-Transporter, Arktis-Trawler, Mehrzweckfrachter und Laderaumbagger. Die Beihilfe wird den Werften vorbehaltlich der Genehmigung durch die Kommission gewährt.

Die angebliche spanische Beihilfe soll in Form von Beihilfen für Schiffseigner gewährt werden, die Aufträge an spanische Werften vergeben, und hat nach niederländischen Angaben einen Beihilfewert von mindestens 9 %. Spanien streitet ab, dass die Beihilfe gewährt wird.

Nach niederländischen Angaben kann die geplante Beihilfe im Rahmen der sogenannten Erschwernisausgleichsregelung (Matchingsfonds zwar), das von der Kommission erstmals 1992 genehmigt wurde, gewährt werden. Die Regelung war Gegenstand mehrerer Änderungen, von denen die wichtigste von der Kommission 1997 genehmigt wurde. Die Niederlande sind darüber hinaus der Ansicht, dass eine Anmeldung im Prinzip nicht nötig ist, haben aber beschlossen, die Beihilfe dennoch anzumelden.

Der Europäische Gerichtshof hat im Grundsatz eindeutig festgestellt, dass Mitgliedstaaten nicht selbst eingreifen sollten, um den Auswirkungen unrechtmäßiger Beihilfen anderer Mitgliedstaaten entgegenzuwirken. Der Gerichtshof hat insbesondere entschieden, dass eine Beihilfe nicht dadurch gerechtfertigt werden kann, dass andere Mitgliedstaaten unrechtmäßige Beihilfen gewährt haben. Dies leitet sich von dem allgemeinen Grundsatz des EG-Rechts ab, nach dem ein Mitgliedstaat sich nicht darauf berufen kann, dass andere Mitgliedstaaten ihren Verpflichtungen aus dem EG-Vertrag nicht nachkommen, um eigene Verletzungen des EG-Rechts zu rechtfertigen.

Die Kommission stellt daher fest, dass Beihilfen zum Ausgleich für unrechtmäßige Beihilfen anderer EG-Mitgliedstaaten im Widerspruch zum EG-Vertrag stehen. Sie bezweifelt daher, dass die angemeldete Beihilfe mit dem EG-Vertrag vereinbar ist.

Dennoch hat die Kommission die Ausgleichsbeihilfe auch auf der Grundlage der niederländischen Regelung geprüft, um festzustellen, ob alle Anforderungen der Regelung erfüllt werden. Nach dieser Prüfung bezweifelt die Kommission, dass die Niederlande hinreichend nachgewiesen haben, dass die Kunden der spanischen Werften in der Lage gewesen wären, die angebliche Beihilfe in Anspruch zu nehmen.

Auch wenn ihrer Ansicht nach gegen einen anderen EU-Mitgliedstaat gerichtete Ausgleichsbeihilfen im Widerspruch zum EG-Vertrag stehen, hat die Kommission zur Vollständigkeit auch geprüft, ob die Beihilfe ohne die oben genannte Beschränkung als Ad-hoc-Beihilfe nach der Schiffbau-Verordnung genehmigt werden könnte. Nach der Verordnung besteht die Möglichkeit, Schiffseignern Exportkredite gemäß den OECD-Regeln zu gewähren, aber die Kommission bezweifelt, dass darunter auch Ausgleichsbeihilfen für Schiffswerften fallen.

Aus diesen Gründen hat die Kommission beschlossen, das Verfahren nach Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag einzuleiten.

DAS SCHREIBEN

- „(1) De Commissie wenst Nederland ervan in kennis te stellen dat zij, na de door uw autoriteiten over bovengenoemde maatregelen verstrekte informatie te hebben onderzocht, besloten heeft de procedure van artikel 88, lid 2, van het EG-Verdrag in te leiden.

PROCEDURE

- (2) Bij brieven van 9 september 2002 (geregistreerd op 13 september 2002) heeft Nederland bovenvermelde maatregelen bij de Commissie aangemeld. De Commissie heeft Nederland om verdere informatie verzocht bij brieven van 11 november 2002, 11 maart en 22 augustus 2003. Nederland heeft verdere informatie verstrekt bij brieven van 30 januari 2003 (geregistreerd op 31 januari 2003), 16 mei 2003 (geregistreerd op 20 mei 2003), 16 juli 2003 (geregistreerd op 18 juli 2003) en 16 september 2003 (geregistreerd op 18 september 2003). Op 2 december 2002 en 17 juni 2003 vonden bijeenkomsten plaats tussen de diensten van de Commissie en de Nederlandse autoriteiten.

GEDETAILEERDE BESCHRIJVING VAN DE STEUN

De steun en de begunstigden

- (3) De aanmeldingen betreffen voorgenomen steun voor in totaal 21,6 miljoen EUR, in de vorm van subsidies, ten behoeve van zes scheepsbouwcontracten op drie Nederlandse scheepswerven: Bodewes Scheepswerven BV; Scheepswerf Visser en Scheepswerf De Merwede. De steun is de werven aangeboden, onder voorbehoud van de uitkomst van deze aanmeldingen. Nadere gegevens over de steun zijn gepresenteerd in tabel 1.

Tabel 1: Aangemelde steun, schepen en begunstigde scheepswerven

Aanmelding nr.	Begunstigde scheepswerf	Schepen	Contractwaarde (steunbedrag) in EUR
N 601/02	Bodewes	4 containerschepen	[. . .] (*)
N 602/02	Bodewes	3 roroschepen	[. . .]
N 603/02	Visser	1 arctische trawler	[. . .]
N 604/02	Bodewes	4 multipurpose vrachtschepen	[. . .]
N 605/02	Bodewes	6 containerschepen	[. . .]
N 606/02	De Merwede	2 hopper dredgers	[. . .]

(*) Vertrouwelijke informatie.

Rechtsgrond

- (4) Volgens Nederland mag de voorgenomen steun worden toegekend in het kader van het zogenoemde „Matching-fonds zwaar” van het Besluit Subsidies Exportfinancieringsarrangementen (hierna: „BSE”), zoals dat voor het eerst door de Commissie bij schrijven van 24 juni 1992 (SG(92) D/8272 — steunmaatregel N 134/92) werd goedgekeurd. Het BSE werd herhaaldelijk gewijzigd, waarbij de belangrijkste wijziging door de Commissie werd goedgekeurd bij schrijven SG(97) D/10395 van 12 december 1997 (steunmaatregel N 337/97).
- (5) In haar besluit betreffende steunmaatregel N 134/92 bepaalde de Commissie onder meer het volgende:
- de regeling is bedoeld om de concurrentievervalsende invloed tegen te gaan van exportkredieten die buitenlandse concurrenten van Nederlandse exporteurs met de ondersteuning van een buitenlandse overheid aanbieden;
 - indien een Nederlandse exporteur aantoonbaar dat een buitenlandse concurrent aanspraak kan maken op door zijn overheid ondersteunde exportfinanciering, kan de Nederlandse exporteur een subsidie krijgen die hem op gelijke voet brengt met die buitenlandse concurrent. De subsidie bedraagt 100 % van de kosten doch echter niet meer dan het gekapitaliseerde verschil tussen de refinancieringsrente en de contractrente, en 10 % van het exportdeel van de order, en 4,5 miljoen EUR;
 - indien evenwel de Nederlandse exporteur het gebruik door een buitenlandse concurrent van door een overheid gesteunde exportkredieten kan aantonen, geldt het bovenstaande, zij het met de volgende maxima: het gekapitaliseerde verschil tussen de refinancieringsrente en de contractrente; 35 % van het exportdeel van de order, en 6 miljoen EUR;
 - matching-steun kan enkel worden toegekend voor uitvoer naar derde landen, met uitzondering van onder meer zeeschepen. De reden voor deze uitzondering was dat in de zevende richtlijn betreffende steunverlening aan de scheepsbouw niet werd onderscheiden tussen export binnen de Gemeenschap en export naar derde landen;
 - de Commissie vermeldde niet of de steun kon worden gebruikt wanneer de concurrent van de Nederlandse werf uit een andere lidstaat komt. In het besluit werd evenwel verklaard dat aanvragen worden afgewezen indien subsidieverlening in strijd was met het EEG-Verdrag;
 - in verband met matching-steun voor scheepsbouw moet de steun in overeenstemming zijn met de OESO-Understanding voor zeeschepen.

(6) In haar besluit betreffende steunmaatregel N 337/97 bepaalde de Commissie onder meer het volgende:

- a) de faciliteit exportfinanciering stelt de Nederlandse overheid in staat exportfinanciering te ondersteunen in gevallen waar exporteurs te maken krijgen met buitenlandse concurrenten die steun ontvangen van hun overheden;
- b) de potentiële begunstigde dient aan te tonen dat hij te maken heeft met een concurrent uit een land waar een regulier exportfinancieringssysteem is opgezet;
- c) de begunstigde heeft recht op steun ten bedrage van het gekapitaliseerde verschil tussen de commerciële bankrente en de „consensusrente” (Commercial Interest Reference Rate, CIRR). De steun is beperkt tot 10 % van het exportdeel van de order, en in de regel tot 4,5 miljoen EUR (7,5 miljoen NLG) — lichte matching;
- d) indien de potentiële begunstigde bovendien kan aantonen dat de concurrent daadwerkelijk een door een overheid ondersteund exportkrediet aanbiedt, wordt de steun opgetrokken tot het gekapitaliseerde renteverval tussen de commerciële bankrente en de door de overheid van de concurrent ondersteunde rente. De steun kan niet alleen voor de aflossingsperiode worden toegekend maar ook voor de opnameperiode wanneer deze meer dan een jaar bedraagt. De steun is beperkt tot 35 % van het exportdeel van de order, en in de regel tot 4,5 miljoen EUR (7,5 miljoen NLG) — zware matching;

(7) Aangezien de Commissie de BSE-regeling die de „zware matching”-bepalingen bevat heeft goedgekeurd, is Nederland van oordeel dat er geen verplichting is om individuele transacties bij de Commissie aan te melden. Nederland verkoos evenwel de steun aan te melden, als gevolg van correspondentie tussen de Nederlandse autoriteiten en de Commissie.

Het Nederlandse standpunt

Beweerde Spaanse steun

- (8) Doel van de aangemelde steun is de beweerdelijk door Spanje aangeboden rentesteun te „matchen”. Volgens Nederland hebben bepaalde particuliere Spaanse werven naar de eerder vermelde orders („de contracten”) meegedongen en bevatten de door de Spaanse werven berekende prijzen rentesteun voor exportfinanciering gedragen door de Spaanse autoriteiten, op grond van het Spaanse Koninklijk decreet 442/94 (hierna: „RD 442/94”).
- (9) De Nederlandse autoriteiten hebben de Commissie afschriften verstrekt van de offertes die de Spaanse werven beweerdelijk in verband met de contracten hebben gedaan (zie tabel 2). Nederland beweert dat de Spaanse werven een prijskorting tussen 9 en 13 % hebben aangeboden. De berekeningen werden gemaakt door de dankzij de rentesteun bespaarde rente te berekenen (300 basispunten) en deze winst vervolgens om te rekenen in netto contante waarde (NCW). Dit bedrag werd vervolgens gedeeld door de waarde van de order, inclusief de steun.

Tabel 2: Beweerde offertes van Spaanse werven en verzoeken voor matching

Contract	Beweerde Spaanse concurrent	Datum Spaanse offerte	Datum machtingverzoek (Nederlandse werf)
N 601/02	[..]	5.12.2000, verlengd op 23.10.2001 (geen einddatum geldigheid)	28.11.2001 (Bodewes)
N 602/02	[..]	5.12.2000, verlengd op 23.10.2001 (geen einddatum geldigheid)	28.11.2001 (Bodewes)
N 603/02	[..]	1.11.2000 (3 maanden geldig)	17.9.2001 (Visser)
N 604/02	[..]	2.11.2000, verlengd op 23.10.2001	4.12.2001 (Bodewes)
N 605/02	[..]	11.12.2000 (3 maanden geldig), verlengd op 4.4.2001	12.7.2001 (Bodewes)
N 606/02	[..]	27.10.2000 tot en met 31.12.2001	28.11.2001 (De Merwede)

Procedure om het bestaan van de beweerde steun na te gaan

(10) Volgens Nederland moet in de Regeling Zware Matching de aanvrager bij het indienen van de aanvraag hebben aangetoond dat hij met betrekking tot die order op het moment van het indienen van de aanvraag om subsidie een buitenlandse concurrent heeft die door een buitenlandse overheid wordt ondersteund (artikel 5 van het BSE). Nederland betoogt dat in de onderhavige zaak aan

dit vereiste is voldaan omdat de werven de voorstellen van hun Spaanse concurrenten hebben overgelegd, waarin een staatssteuncomponent was vervat. Vervolgens beweert Nederland dat het de desbetreffende OESO-regels heeft gevolgd, die bovendien in het Gemeenschapsrecht zijn geïncorporeerd ⁽¹⁾.

⁽¹⁾ Beschikking 2001/76/EG, en latere aanpassingen.

(11) In overeenstemming met de in die regels vervatte procedure voor matching, beweren de Nederlandse autoriteiten dat zij een uitgebreide correspondentie hebben gevoerd met de Spaanse autoriteiten. Betoogd wordt dat, in antwoord op de verzoeken om inlichtingen van Nederland, de Spaanse autoriteiten enkel het algemene antwoord hebben gegeven dat geen steun meer beschikbaar was voor het bouwen van schepen onder contracten die na 31 december 2000 waren gesloten, en dat een eventueel aanbod van dergelijke steun niet rechtsgeldig was. Dit antwoord werd door Nederland niet als voldoende beschouwd om de aanvragen voor matching af te wijzen, en wel om de volgende redenen:

- Nederland had geen antwoord ontvangen op zijn schriftelijke vraag of er een overgangsregeling was die het mogelijk maakte om in 2000 (toen RD 442/94 nog van kracht was) gedane offertes, in 2001 te handhaven;
- Nederland had geen antwoord ontvangen op zijn schriftelijke vraag of de betrokken contracten in 2000 waren gesloten mits subsidies konden worden verkregen op grond van RD 442/94;
- Nederland vindt het opvallend dat er van de Spaanse autoriteiten in het geheel geen reactie kwam toen Nederland op 27 maart 2002 de voorgenomen steun notificeerde aan de OESO Export Credits Group.

(12) Kortom, Nederland beweert te hebben gehandeld volgens de regels inzake zware matching die door de Commissie zijn goedgekeurd en die in overeenstemming zijn met de OESO-procedures waarop de BSE-regeling is gebaseerd. Nederland betoogt dat die procedures met voldoende zekerheid hebben aangetoond dat er inderdaad Spaanse steun was. Daarom oordeelt Nederland dat het gerechtigd is om tot matching over te gaan.

Het Spaanse standpunt

(13) In bilaterale contacten met Nederland heeft Spanje schriftelijk uiteengezet dat de productiesteun die onder RD 442/94 beschikbaar was, niet meer beschikbaar zou zijn na 31 december 2000 (na die datum was productiesteun niet meer toegestaan op grond van de verordening van 1998 betreffende steunverlening aan de scheepsbouw⁽²⁾).

(14) Voorts heeft de Commissie Spanje tweemaal om informatie verzocht in verband met de beweerde steun (bij brieven van 21 december 2001 en 16 mei 2002). De reden voor de eerste verzoeken was dat de Commissie op 19 november 2001 een formele klacht had ontvangen tegen dezelfde beweerde steun als die welke Nederland wil matchen. De reden voor het tweede verzoek was dat Nederland in een brief van 22 maart 2002 aan de Commissie had aangegeven dat zij overwoog matching voor de beweerde Spaanse steun toe te kennen. Bij brieven van 28 januari en 28 mei 2002 heeft Spanje ontkend dat dergelijke steun beschikbaar kon worden gesteld voor contracten die na 31 december 2000 waren ondertekend. De Commissie heeft derhalve niet kunnen vaststellen dat Spanje de beweerde steun onrechtmatig had toegekend maar de Commissie blijft de communautaire scheeps-

bouwmakmarkt en mogelijke inbreuken op de regels inzake staatssteun, in het oog houden.

BEOORDELING

- (15) Overeenkomstig artikel 87, lid 1, van het EG-Verdrag zijn steunmaatregelen van de staten of in welke vorm ook met staatsmiddelen bekostigd, die de mededinging door begunstiging van bepaalde ondernemingen of bepaalde producties vervalsen of dreigen te vervalsen, onverenigbaar met de gemeenschappelijke markt, voorzover deze steun het handelsverkeer tussen de lidstaten ongunstig beïnvloedt. Volgens vaste rechtspraak van de communautaire rechtscolleges is aan het criterium „ongunstige beïnvloeding van het handelsverkeer” voldaan wanneer de begunstigde onderneming een economische activiteit verricht waarvoor er handel tussen lidstaten bestaat.
- (16) De Commissie doet opmerken dat Nederland voornemens is subsidies toe te kennen aan drie scheepswerven ten behoeve van de bouw van schepen, zoals hierboven nader is beschreven. De Commissie stelt dan ook vast dat de begunstigten een economische activiteit uitoefenen waarvoor sprake is van handelsverkeer tussen lidstaten. Bijgevolg is de Commissie ervan overtuigd dat de aangeelde steun onder de toepassing van artikel 87, lid 1, van het EG-Verdrag valt.
- (17) Overeenkomstig artikel 87, lid 3, onder c), van het EG-Verdrag kunnen steunmaatregelen om de ontwikkeling van bepaalde vormen van economische bedrijvigheid of van bepaalde regionale economieën te vergemakkelijken, mits de voorwaarden waaronder het handelsverkeer plaatsvindt daardoor niet zodanig worden veranderd dat het gemeenschappelijk belang wordt geschaad, als verenigbaar met de gemeenschappelijke markt worden beschouwd. Op grond van dit artikel werd de BSE-regeling in 1992 en nadien goedgekeurd, na diverse aanpassingen, maar steeds met de algemene bepaling dat subsidieaanvragen zullen worden afgewezen wanneer zij in strijd zijn met het EG-Verdrag.
- (18) Voorts kunnen, overeenkomstig 87, lid 3, onder e), van het EG-Verdrag, andere soorten van steunmaatregelen aangewezen bij besluit van de Raad, genomen met gekwalificeerde meerderheid van stemmen, op voorstel van de Commissie, als verenigbaar met de gemeenschappelijke markt worden beschouwd. De Commissie doet opmerken dat de Raad op basis hiervan de Zevende Richtlijn steunverlening aan de scheepsbouw⁽³⁾ en Verordening (EG) nr. 1540/98 betreffende de steunverlening aan de scheepsbouw⁽⁴⁾ (hierna: „verordening steunverlening scheepsbouw”) heeft vastgesteld.
- (19) Op grond van die bepalingen heeft de Commissie het BSE met de gemeenschappelijke markt verenigbaar verklaard. Ten aanzien van de besluiten die in verband met het BSE zijn genomen, doet de Commissie het volgende opmerken:
- a) steun tot 35 % van de exportwaarde van de order werd door de Commissie in haar besluiten van 1992 en 1997 toegestaan (zware matching);

⁽²⁾ PB L 202 van 18.7.1998, blz. 1.

⁽³⁾ PB L 380 van 31.12.1990, blz. 27.

⁽⁴⁾ Zie noot 2.

- b) dergelijke steun werd in het besluit van 1997 toegestaan wanneer
- de potentiële begunstigde kon aantonen dat hij te maken heeft met een concurrent uit een land waar een regulier exportfinancieringssysteem is opgezet, en
 - hij bewijzen kan overleggen dat een buitenlandse concurrent daadwerkelijk een door de overheid ondersteund exportkrediet geniet;
- c) de steun moet in overeenstemming zijn met de OESO-Arrangement inzake exportkredieten.
- (20) Onder die omstandigheden zou dit soort steun als verenigbaar met de gemeenschappelijke markt worden beschouwd.
- (21) Derhalve is de Commissie van oordeel dat steun onder de goedgekeurde regeling kon worden toegekend wanneer aan bovenstaande voorwaarden sub b) en c) was voldaan, en wanneer zulks niet in strijd zou zijn met de algemene beginselen van het Gemeenschapsrecht.

Beoordeling of de steun in strijd is met de algemene beginselen van het Gemeenschapsrecht

- (22) Met het communautaire beleid inzake staatssteun wordt beoogd toezicht te houden op steun die de mededinging vervalst of dreigt te vervalsen door begunstiging van bepaalde ondernemingen of bepaalde producties. Daartoe is een stelsel van toezicht op staatssteun uitgewerkt in het Verdrag, ondersteund door een aanzienlijk juridisch kader.
- (23) In dit stelsel is het aan de Commissie, onder toezicht van het Hof van Justitie, ervoor te zorgen dat lidstaten hun verplichtingen uit hoofde van de desbetreffende artikelen van het Verdrag nakomen. Daarom dient een lidstaat, zodra hij vermoedt dat een andere lidstaat onrechtmatige steun toekent, dit via een klacht bij de Commissie te melden. Het is dan de taak van de Commissie na te gaan of deze beweringen gegrond zijn. Wanneer de Commissie tot de bevinding komt dat onrechtmatige steun is toegekend, kan zij besluiten dat de onrechtmatige steun moet worden teruggevorderd door de lidstaat die de steun heeft verstrekt.
- (24) In de hier aangemelde zaken heeft Nederland de diensten van de Commissie daadwerkelijk geïnformeerd over zijn vermoedens dat Spanje onrechtmatige steun zou verlenen en over zijn voornemen om deze steun te matchen. De diensten van de Commissie hebben Nederland meegedeeld dat zij de beweerde onrechtmatige steun zouden onderzoeken maar zij hebben Nederland ook verzocht geen matching-steun toe te kennen.
- (25) De diensten van de Commissie hebben de kwestie onverwijld onderzocht door contact op te nemen met Spanje, dat ontkende dat steun zou worden toegekend. De betrokken orders werden uiteindelijk door Nederlandse scheepswerven in de wacht gesleept en zodoende werd voor deze contracten ook geen Spaanse steun toegekend.

- (26) Het beginsel dat een lidstaat niet zelf mag optreden om de effecten van onrechtmatige steun door een andere lidstaat tegen te gaan, is duidelijk door het Hof van Justitie vastgelegd. Meer bepaald heeft het Hof verklaard dat het niet mogelijk is steun te rechtvaardigen op grond van het feit dat andere lidstaten onrechtmatige steun hebben toegekend⁽⁵⁾. Een en ander vloeit voort uit het algemene beginsel van het Gemeenschapsrecht dat een lidstaat zich niet kan beroepen op het feit dat andere lidstaten hun verplichtingen uit hoofde van het Verdrag niet nakomen, om zijn eigen schending van het Gemeenschapsrecht te rechtvaardigen.
- (27) Daarom is de Commissie van oordeel dat steun om onrechtmatige steun van een andere lidstaat te matchen, strijdig is met het EG-Verdrag en betwijfelt zij dan ook of de aangemelde steun verenigbaar is met het EG-Verdrag⁽⁶⁾.

Verdere beoordeling van de verenigbaarheid van de steun in het licht van de voorwaarden van de BSE-regeling⁽⁷⁾

- (28) Zoals eerder is aangegeven, is de Commissie van oordeel dat matching-steun niet kan worden goedgekeurd wanneer er concurrentie is tussen lidstaten. Volledigheidshalve is de Commissie echter ook nagegaan of de aangemelde steun voldoet aan de overige voorwaarden van de BSE-regeling. Bij het beoordelen of de voorwaarden van de BSE-regeling, onder deze premissen, zijn vervuld, doet de Commissie het volgende opmerken:
- a) Nederland heeft afschriften verstrekt van de offertes van Spaanse werven, waarbij de prijs rentesubsidie omvat die beweerdelijk op grond van RD 442/94 beschikbaar zou zijn;
 - b) Nederland beweert dat Spanje weliswaar ontkend heeft dat dergelijke steun beschikbaar was op grond van RD 442/94 maar dat Spanje geweigerd heeft te antwoorden op meer specifieke vragen in verband met overgangperiodes en dat het niet heeft gereageerd op de geplande matching in het kader van een notificatie bij de OESO Export Credits Group op 27 maart 2002, en
 - c) Nederland beweert dat het heeft gehandeld binnen de regels van de OESO-Arrangement voor exportkredieten⁽⁸⁾ en de daaraan gehechte OESO-Understanding inzake exportkredieten voor schepen.

⁽⁵⁾ Zie het arrest van arrest van het Hof van 22 maart 1977 in zaak 78/76, Firma Steinike & Weinlig/Bondsrepubliek Duitsland, Jurispr. 1977, blz. 595. Volgens punt 24 van dit arrest kan „een lidstaat zich ter rechtvaardiging van een eventuele schending van een uit het Verdrag voortvloeiende verplichting in verband met het verbod van artikel 92 niet beroepen op het feit dat andere lidstaten die verplichting evenmin nakomen”.

⁽⁶⁾ Voorts kan worden opgemerkt dat in het besluit van de Commissie van 1992 waarmee de Nederlandse matching-regeling werd goedgekeurd, wordt verklaard dat subsidieaanvragen zullen worden afgewezen wanneer zij in strijd zijn met het EG-Verdrag.

⁽⁷⁾ Aangetekend zij dat de regeling laatstelijk in 1997 voor een periode van vijf jaar werd goedgekeurd. Wanneer de Commissie eindbeschikkingen geeft over aangemelde staatssteun, zijn deze gebaseerd op de regels die van toepassing waren op het tijdstip dat de beschikking wordt gegeven.

⁽⁸⁾ Officieel „OECD arrangement on guidelines for officially supported export credits”.

- (29) Ten aanzien van de vraag of de Spaanse werven op grond van RD 442/94 subsidiabel zijn, doet de Commissie opmerken dat:
- Spanje schriftelijk heeft bevestigd dat de wettelijke bepaling betreffende productiesteun voor de scheepsbouw uit hoofde van RD 442/94 per 31 december 2000 afliep;
 - Spanje schriftelijk heeft ontkend dat productiesteun is aangeboden of kon worden aangeboden uit hoofde van RD 442/94 ten behoeve van contracten die na 31 december 2000 werden ondertekend;
 - de toestemming van de Commissie voor productiesteun uit hoofde van RD 442/94 per 31 december 2000 afliep;
 - de verenigbaarheid van productiesteun voor nieuwe scheepsbouwcontracten met de gemeenschappelijke markt afliep per 31 december 2000, overeenkomstig artikel 3, lid 1, van de verordening steunverlening scheepsbouw van 1998, en
 - dat Spanje aan Nederland en de Commissie schriftelijk heeft bevestigd dat het beweerde aanbod van steun door de Spaanse werven voor na 31 december 2000 ondertekende contracten niet rechtsgeldig zou zijn.
- (30) Wat betreft de aard van de verplichting voor de potentiële begunstigde van zware matching onder de BSE-regeling om aan te tonen dat een buitenlandse concurrent te maken heeft met een concurrent uit een land waar een regulier exportfinancieringssysteem is opgezet, en dat deze buitenlandse concurrent daadwerkelijk dergelijke steun geniet of aanbiedt, is de Commissie van oordeel dat:
- het hier positieve verplichtingen betreft, die daadwerkelijke bewijzen vereisen dat contracten voor de steun in aanmerking kwamen en dat de steun daadwerkelijk zou worden toegekend, en
 - dat in geval de overheden van die buitenlandse concurrent ontkenden dat dergelijke steun beschikbaar is, het niet antwoorden op specifieke follow-up-vragen niet als voldoende bewijs kan gelden dat de steun daadwerkelijk zal worden toegekend. Integendeel, in een dergelijke situatie is juist bijzonder stevig bewijsmateriaal vereist, bv. in de vorm van schriftelijke stukken van de betrokken overheid waaruit het bestaan van steun blijkt.
- (31) De Commissie merkt op dat Nederland of de potentiële begunstigten van de steun geen bewijzen hebben geleverd dat de Spaanse werven en de contracten daadwerkelijk voor productiesteun in aanmerking zouden komen, daarmee voorbijgaand aan RD 442/94 en de uit hoofde van het EG-Verdrag op Spanje rustende verplichtingen.
- (32) Voorts doet de Commissie opmerken dat Nederland afschriften heeft meegedeeld van offertes van Spaanse werven die een element van staatssteun offereerden. Deze afschriften tonen echter niet aan dat het beweerde aanbod van steun rechtsgeldig was of dat het door Spanje zou worden gehonoreerd.
- (33) Ten aanzien van deze beide voorwaarden uit de Regeling Zware Matching van het BSE is de Commissie dan ook van oordeel dat Nederland onvoldoende bewijzen heeft geleverd dat dit aanbod voor steun uit hoofde van RD 442/94 in aanmerking zou komen of dat Spanje deze steun daadwerkelijk zou hebben toegekend. Bijgevolg betwijfelt de Commissie of aan de tweede van de beide eerder vermelde voorwaarden van het BSE is voldaan.
- (34) Voorts dient, volgens de OESO-regels waaraan de Nederlandse maatregelen volgens de BSE-regeling ook moeten voldoen, het matchende land *redelijke inspanningen* te doen om vast te stellen of de niet-conforme kredietvoorwaarden door het concurrerende land zullen worden aangeboden. Het matchende land wordt geacht redelijke inspanningen te hebben gedaan — en dus het recht te hebben te matchen — wanneer het het andere OESO-land van zijn voornemen tot matching in kennis heeft gesteld en binnen drie werkdagen geen bericht heeft ontvangen dat de niet-conforme voorwaarden niet van toepassing zijn.
- (35) Nederland heeft inderdaad contact opgenomen met Spanje. Spanje heeft, zoals door de OESO-regels is voorgeschreven, binnen drie dagen gereageerd en ontkend dat de steun zou worden toegekend. In beginsel zou dit betekenen dat Nederland niet tot matching had mogen overgaan.
- (36) De OESO-regels bevatten geen procedure voor het geval een land de beweerde steun ontkent maar deze ontkenning door het andere land niet als geloofwaardig wordt beschouwd. De Commissie is van oordeel dat Nederland, zoals eerder werd verklaard, over onweerlegbare bewijzen had moeten beschikken om zijn beweringen te staven omdat Spanje vrij precies heeft ontkend dat de steun beschikbaar zou zijn. Zoals eerder werd opgemerkt, heeft Nederland geen enkel van officiële Spaanse bron afkomstig bewijsstuk overgelegd waaruit blijkt dat de steun beschikbaar zou zijn.
- (37) Derhalve vindt de Commissie dat er twijfel bestaat ten aanzien van de nakoming van de OESO-procedures om het bestaan aan te tonen van onrechtmatige steun die kan worden gematched.
- Voorwaarden voor matching uit hoofde van de verordening steunverlening scheepsbouw*
- (38) Is de Commissie, zoals eerder is aangegeven, weliswaar van oordeel dat matching-steun niet kan worden goedgekeurd wanneer er concurrentie is tussen lidstaten, toch heeft zij, volledigheidshalve, ook onderzocht of de steun volgens de verordening steunverlening scheepsbouw dient te worden aangemerkt als ad-hocsteun die niet onder de matching-regeling valt. In artikel 3, lid 4, van deze verordening is bepaald dat „steun in de vorm van door de overheid gesteunde kredietfaciliteiten, die aan nationale of buitenlandse reders of derden wordt verleend voor scheepsbouw of -verbouwing, verenigbaar kan worden geacht met de gemeenschappelijke markt en voor het plafond [inzake contractgebonden productiesteun] niet wordt meegerekend, op voorwaarde dat de steun in overeenstemming is met de (...) de OESO-overeenkomst inzake exportkredieten voor schepen (...)”.

- (39) De OESO-Understanding voor schepen bevat een matching-clausule. In deze clausule wordt, wat matching betreft, verwezen naar de algemene OESO-Arrangement voor exportkredieten.
- (40) Wat betreft de noodzaak voor het matchende land *redelijke inspanningen* te doen om vast te stellen of de niet-conforme kredietvoorwaarden door het concurrerende land zullen worden aangeboden, heeft de Commissie dezelfde twijfel als die welke zij eerder heeft geformuleerd.
- (41) Voorts valt op te merken dat Nederland subsidies aan scheepswerven heeft aangemeld. Dit zijn twee belangrijke verschillen met artikel 3, lid 4, van de verordening steunverlening scheepsbouw, waar het gaat om exportkredieten voor reders.
- (42) Onder de OESO-regels zou het mogelijk lijken exportkredieten te vervangen door een subsidie met de tegenwaarde van het exportkrediet. Dit lijkt echter niet mogelijk volgens de verordening steunverlening scheepsbouw omdat in artikel 3, lid 4, is aangegeven dat enkel exportkredieten — en niet subsidies — zijn toegestaan. Daarom betwijfelt de Commissie dat de aangemelde subsidies verenigbaar zouden zijn met de verordening steunverlening scheepsbouw.
- (43) Wat betreft het feit dat bij de aangemelde maatregelen sprake is van steun aan scheepswerven — en niet aan reders — dient te worden opgemerkt dat artikel 3, lid 4, van de verordening steunverlening scheepsbouw enkel toeziet op rechtstreeks aan reders of aan derden (en niet aan scheepswerven) toegekende steun.
- (44) De Commissie is van oordeel dat hieruit niet volgt dat een lidstaat van deze bepaling kan gebruikmaken om steun rechtstreeks aan een scheepswerf toe te kennen. Voorts kan worden opgemerkt dat in de algemene context van exportkredieten het een groot verschil maakt of steun aan een producent in plaats van aan een koper wordt toegekend. Daarom heeft de Commissie twijfel of de steun die mogelijk rechtmatig kon zijn wanneer hij aan reders was toegekend, kan worden vervangen door steun aan scheepswerven.
- (45) Als algemeen beginsel moet ook worden benadrukt dat volgens artikel 3, lid 4, van de verordening steunverlening scheepsbouw steun kan worden goedgekeurd. Aangezien het beginsel van matching van beweerde onrechtmatige steun die door een andere lidstaat wordt toegekend, als strijdig met de algemene beginselen van het Gemeenschapsrecht kan worden beschouwd, dient de Commissie een zeer beperkende uitlegging te geven aan dergelijke bepalingen.
- (46) Bijgevolg betwijfelt de Commissie dat subsidies aan scheepswerven volgens artikel 3, lid 5, van de verordening steunverlening scheepsbouw zijn toegestaan. Aangezien er geen bewijs voorhanden is dat Spanje onverenigbare steun heeft verstrekt of toegezegd, aangezien Spanje het bestaan van de steun heeft ontkend en aangezien de Commissie lidstaten kan toestaan matching toe te kennen maar daartoe niet is verplicht, heeft de Commissie twijfel dat de aangemelde steun kan worden goedgekeurd als ad-hoc-steun op basis van de verordening steunverlening scheepsbouw.

BESLUIT

- (47) Mitsdien heeft de Commissie, om de hierboven uiteengezette redenen, twijfel dat de aangemelde steun verenigbaar is met de algemene beginselen van het Gemeenschapsrecht en dat hij voldoet aan de voorwaarden van de BSE-regeling en de verordening steunverlening scheepsbouw. Zij betwijfelt dan ook of de steun bestaanbaar is met artikel 87, lid 1, van het EG-Verdrag. Gelet op de bovenstaande overwegingen verzoekt de Commissie Nederland, in het kader van de procedure van artikel 88, lid 2, van het EG-Verdrag, binnen een maand vanaf de datum van ontvangst van dit schrijven zijn opmerkingen te maken en alle dienstige inlichtingen te verstrekken voor de beoordeling van de steunmaatregel. Zij verzoekt uw autoriteiten onverwijld een afschrift van deze brief aan de potentiële begunstigde van de steunmaatregel te doen toekomen.
- (48) De Commissie wijst Nederland op de schorsende werking van artikel 88, lid 3, van het EG-Verdrag. Zij verwijst naar artikel 14 van Verordening (EG) nr. 659/1999 van de Raad, volgens hetwelk alle onrechtmatige steun van de begunstigde kan worden teruggevorderd.
- (49) Voorts deelt de Commissie Nederland mee dat zij de belanghebbenden door de bekendmaking van dit schrijven en van een samenvatting ervan in het *Publicatieblad van de Europese Unie* in kennis zal stellen. Tevens zal zij de belanghebbenden in de lidstaten van de EVA die partij zijn bij de EER-Overeenkomst, door de bekendmaking van een mededeling in het EER-Supplement van het *Publicatieblad van de Europese Unie* in kennis stellen, alsmede de Toezichthoudende Autoriteit van de EVA door haar een afschrift van dit schrijven te zenden. Alle bovengenoemde belanghebbenden zal worden verzocht hun opmerkingen te maken binnen een maand vanaf de datum van deze bekendmaking.“

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss**(Sache COMP/M.3287 — AGCO/Valtra)**

(2004/C 11/05)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Am 12. Dezember 2003 hat die Kommission entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn insofern als für mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar zu erklären. Diese Entscheidung stützt sich auf Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b) der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates. Der vollständige Text der Entscheidung ist nur auf Englisch erhältlich und wird nach Herausnahme eventuell darin enthaltener Geschäftsgeheimnisse veröffentlicht. Er ist erhältlich

— auf Papier bei den Verkaufsstellen des Amtes für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (siehe letzte Umschlagseite);

— in Elektronikformat über die „CEN“-Version der CELEX-Datenbank unter der Dokumentennummer 303M3287. CELEX ist das EDV-gestützte Dokumentationssystem für Gemeinschaftsrecht.

Für mehr Informationen über CELEX-Abonnements wenden Sie sich bitte an folgende Stelle:

EUR-OP

Information, Marketing and Public Relations

2, rue Mercier

L-2985 Luxemburg

Tel.: (+352) 29 29-4 27 18, Fax: (+352) 29 29-4 27 09.

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses**(Sache COMP/M.3362 — RBS/BSCH/Britax)****Für das vereinfachte Verfahren in Frage kommender Fall**

(2004/C 11/06)

(Text von Bedeutung für den EWR)

1. Am 5. Januar 2004 ist die Anmeldung eines Zusammenschlussvorhabens gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1310/97 ⁽²⁾, bei der Kommission eingegangen. Danach ist Folgendes beabsichtigt: Die Unternehmen Royal Bank Investments Ltd („RBI“), kontrolliert von der Royal Bank of Scotland Group plc („RBS“), und Capital Riesgo Global SCR, SA („CRG“), kontrolliert von Banco Santander Central Hispano SA („BSCH“), erwerben im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b) der genannten Verordnung die gemeinsame Kontrolle bei dem Unternehmen Britax International plc („Britax“), welches gegenwärtig von RBI allein kontrolliert wird, durch Aktienkauf.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

— RBI: Private Equity Investment;

— RBS: Bankdienstleistungen, Versicherung und damit zusammenhängende Finanzdienstleistungen;

— CRG: Private Equity Investment;

— BSCH: Bankdienstleistungen und damit zusammenhängende Finanzdienstleistungen;

— Britax: Flugzeuginnenausstattung, Sicherheitssysteme für Kinder, spezialisierte Fahrzeugsysteme (wie zum Beispiel Lichtbalken für Noteinsatzfahrzeuge, Videoüberwachungs- und Geschwindigkeitsmesssysteme etc.).

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass der angemeldete Zusammenschluss unter die Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 fällt. Ihre endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich allerdings vor. Gemäß der Mitteilung der Kommission über ein vereinfachtes Verfahren zur Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse nach Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates ⁽³⁾ ist anzumerken, dass dieser Fall für eine Behandlung nach dem Verfahren, das in der Mitteilung dargelegt wird, in Frage kommt.

⁽¹⁾ ABl. L 395 vom 30.12.1989, S. 1; Berichtigung: ABl. L 257 vom 21.9.1990, S. 13.

⁽²⁾ ABl. L 180 vom 9.7.1997, S. 1; Berichtigung: ABl. L 40 vom 13.2.1998, S. 17.

⁽³⁾ ABl. C 217 vom 29.7.2000, S. 32.

4. Alle interessierten Unternehmen oder Personen können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens zehn Tage nach dem Datum dieser Veröffentlichung eingehen. Sie können der Kommission durch Telefax (Nr. (32-2) 296 43 01 oder 296 72 44) oder auf dem Postweg, unter Angabe des Aktenzeichens COMP/M.3362 — RBS/BSCH/Britax, an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Kanzlei Fusionskontrolle
J-70
B-1049 Brüssel.

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses

(Sache COMP/M.3339 — Telenor/Sonofon)

Für das vereinfachte Verfahren in Frage kommender Fall

(2004/C 11/07)

(Text von Bedeutung für den EWR)

1. Am 5. Januar 2004 ist die Anmeldung eines Zusammenschlussvorhabens gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1310/97 ⁽²⁾, bei der Kommission eingegangen. Danach ist Folgendes beabsichtigt: Das norwegische Unternehmen Telenor ASA („Telenor“), das vom norwegischen Staat kontrolliert wird, erwirbt im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b) der genannten Verordnung die Kontrolle über die Gesamtheit des dänischen Unternehmens Sonofon („Sonofon“) durch Kauf von Anteilsrechten.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

— Telenor: Telekommunikationsdienste und damit zusammenhängende Dienste;

— Sonofon: mobile Telefonie und Telekommunikationsdienste in Dänemark.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass der angemeldete Zusammenschluss unter die Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 fällt. Ihre endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich allerdings vor. Gemäß der Mitteilung der Kommission über ein vereinfachtes Verfahren zur Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse nach Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates ⁽³⁾ ist anzumerken, dass dieser Fall für eine Behandlung nach dem Verfahren, das in der Mitteilung dargelegt wird, in Frage kommt.

4. Alle interessierten Unternehmen oder Personen können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens zehn Tage nach dem Datum dieser Veröffentlichung eingehen. Sie können der Kommission durch Telefax (Nr. (32-2) 296 43 01 oder 296 72 44) oder auf dem Postweg, unter Angabe des Aktenzeichens COMP/M.3339 — Telenor/Sonofon, an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Kanzlei Fusionskontrolle
J-70
B-1049 Brüssel.

⁽¹⁾ ABl. L 395 vom 30.12.1989, S. 1; Berichtigung: ABl. L 257 vom 21.9.1990, S. 13.

⁽²⁾ ABl. L 180 vom 9.7.1997, S. 1; Berichtigung: ABl. L 40 vom 13.2.1998, S. 17.

⁽³⁾ ABl. C 217 vom 29.7.2000, S. 32.

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM
EFTA-ÜBERWACHUNGSBEHÖRDE

Genehmigung einer staatlichen Beihilfe gemäß Artikel 61 des EWR-Abkommens und Artikel 1 Absatz 3 des Protokolls 3 zum Überwachungs- und Gerichtshofübereinkommen

Die EFTA-Überwachungsbehörde hat entschieden, dass die angemeldete Maßnahme mit dem EWR-Abkommen vereinbar ist

(2004/C 11/08)

Datum der Annahme des Beschlusses: 29. Oktober 2003
EFTA-Staat: Norwegen
Beihilfe Nr.: SAM 030.03004
Titel: Geplante Maßnahmen zur Förderung der audiovisuellen Produktion
Zielsetzung: Förderung der Produktion von Fernsehserien und der Entwicklung interaktiver Produkte aus kulturpolitischen Erwägungen
Rechtsgrundlage: Forskrift for tilskudd til audiovisuelle produksjoner
Haushaltsmittel: 2003: 35 Mio. NOK für die Produktion von Fernsehserien; 3 Mio. NOK für interaktive Produkte (Entwicklung)
Laufzeit: Bis zum 8. Februar 2007

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

<http://www.eftasurv.int/fieldsOfWork/fieldStateAid/stateAidRegistry/>

Genehmigung einer staatlichen Beihilfe gemäß Artikel 61 des EWR-Abkommens und Artikel 1 Absatz 3 des Protokolls 3 zum Überwachungs- und Gerichtshofübereinkommen

Die EFTA-Überwachungsbehörde hat entschieden, dass die angemeldete Maßnahme mit dem EWR-Abkommen vereinbar ist

(2004/C 11/09)

Datum der Annahme des Beschlusses: 29. Oktober 2003
EFTA-Staat: Norwegen
Beihilfe Nr.: SAM 030.02003
Titel: Erstattungsregelung für im norwegischen Schiffsregister eingetragene Offshore-Schiffe und Shuttle-Tankschiffe
Zielsetzung: Wahrung der maritimen Interessen des Landes durch Förderung der Wettbewerbsfähigkeit seiner Schifffahrt
Rechtsgrundlage: Tax Act, Chapter 909, post 72 and Forskrift om forvaltning av tilskudd til sysselsetting av sjøfolk
Haushaltsmittel: 2003: 150 Mio. NOK
Laufzeit: Unbefristet (vorbehaltlich der vom Parlament jährlich bewilligten Haushaltsmittel)

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

<http://www.eftasurv.int/fieldsOfWork/fieldStateAid/stateAidRegistry/>

III

(Bekanntmachungen)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Im Amtsblatt der Europäischen Union C 11 E veröffentlichte schriftliche Anfragen mit Antwort

(2004/C 11/10)

Diese Texte sind verfügbar in:

EUR-Lex: <http://europa.eu.int/eur-lex>**CELEX:** <http://europa.eu.int/celex>

KOMMISSION

Ergebnisse der Ausschreibungen (Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft)

(2004/C 11/11)

entsprechend Artikel 9 Absatz 7 der Verordnung (EG) Nr. 2519/97 der Kommission vom 16. Dezember 1997 über allgemeine Durchführungsbestimmungen für die Bereitstellung und Lieferung von Waren im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 1292/96 des Rates für die Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft

(Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 346 vom 17. Dezember 1997, S. 23)

6. Januar 2004

Verordnung Nr./ Beschluss vom	Los	Maßnahme Nr.	Begünstigter/ Bestimmungsland	Produkt	Menge (t)	Liefer- stufe	Zuschlagsempfänger	Zuschlagspreis EUR/t
18.12.2003	A	14/03	EuronAid/Niger	LEPv	45	EMB	Hoogwegt International BV — Arnhem (NL)	1 575,00

BLT:	Weichweizen	FABA:	Puffbohnen (<i>Vicia faba major</i>)	WSB:	Mischung aus Weizen und Soja
DUR:	Hartweizen	FEQ:	Pferdebohnen (<i>Vicia faba equina</i>)	Lsub1:	Säuglingsanfangsnahrung
ORG:	Gerste	PISUM:	Spalterbsen	Lsub2:	Folgenahrung
MAI:	Mais	SUB:	Weißzucker	LHE:	Milch mit hohem Energiewert
SEG:	Roggen	HCOLZ:	Rapsöl	AC:	Mischlebensmittel
SOR:	Sorghum	HTOUR:	Sonnenblumenöl	PAL:	Teigwaren
CBR/M/L:	Geschliffener rundkörniger, mittelkörniger oder langkörniger Reis	HOLI:	Olivenöl	SAR:	Sardinenkonserven
RPR/M/L:	Rundkörniger, mittelkörniger oder langkörniger Reis, parboiled	HMAI:	Maisöl	CM:	Makrelenkonserven
BRI:	Bruchreis	HSOJA:	Sojaöl	CB:	<i>Corned beef</i>
FBLT:	Weichweizenmehl	LEP:	Magermilchpulver	BPJ:	Rindfleischkonserven
FMAI:	Maismehl	LEPv:	Mit Vitaminen angereichertes Magermilchpulver	PFB:	Rinderleberpaste
FSEG:	Roggenmehl	LDEP:	Halbentrahmtes Milchpulver	CP:	Schweinefleischkonserven
SDUR:	Hartweizengrieß	LENP:	Vollmilchpulver	PPF:	Schweineleberpastete
SMAI:	Maisgrieß	B:	Butter	CV:	Geflügelfleischkonserven
FHAF:	Haferflocken	BO:	Butteroil	DEST:	Frei Bestimmungsort
CT:	Tomatenmark	FETA:	Feta-Käse	DEB:	Frei Löschhafen — gelöscht
PT:	Tomatenpulver	FROF:	Schmelzkäse	DEN:	Frei Löschhafen — ungelöscht
COR:	Korinthen	BABYF:	Beikost-Erzeugnis auf der Basis von Getreide	EMB:	Frei Verschiffungshafen
		BISC:	Kekse	EXW:	Ab Werk